

VR International

A U S L A N D S G E S C H Ä F T . E I N F A C H M A C H E N !



Grünes Licht für Freihandel?

6
LÄNDERSTECKBRIEF
GEORGIEN

10
MEHR UNABHÄNGIGKEIT
BEI SELTENEN ERDEN?

11
WAS MACHT EIGENTLICH
... DIE WTO?

Mercosur: Mehr als nur ein Handelsabkommen

Das EU-Abkommen mit Lateinamerika ist durch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 17. Januar in Paraguay unterzeichnet worden. Der Vertrag ist aber weiter umstritten. Das Europaparlament hat deswegen den Europäischen Gerichtshof (EuGH) angerufen. Die Gegner des Freihandelsabkommens setzten sich in einer Abstimmung mit knapper Mehrheit von 334 zu 324 Gegenstimmen durch. Die Überprüfung durch den EuGH dürfte die Ratifizierung des Vertrages zumindest um mehrere Monate verzögern.

Mit dem Mercosur-Abkommen soll eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen und EU-Unternehmen schrittweise ein wachsender Markt mit 270 Millionen potenziellen Konsumenten eröffnet werden. Zusammengerechnet würden

die beteiligten Staaten auf ein Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung kommen.

Mehr als 25 Jahre war schon an dem Abkommen gefeilt worden, das viele Jahre in den Schubladen verschwand und nach dem Zollstreit der EU mit den USA an Bedeutung und damit wieder an Dynamik gewann. Die EU-Kommission rechnet bei einer Ratifizierung mit einer Steigerung der Exporte in die südamerikanischen Länder von bis zu 39 % bis zum Jahr 2040. Denn Europa und Südamerika würden sich gut ergänzen. Europa liefert unter anderem Autos und chemische Produkte in die Mercosur-Staaten. Diese exportieren auch schon bisher viele landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe nach Europa.



Bereits Ende Dezember sollte das Mercosur-Abkommen verabschiedet werden – eine Mehrheit war aufgrund des Widerstands aus Frankreich und Italien jedoch schon damals fraglich. Landwirte hatten massiv gegen das Abkommen protestiert, da sie günstigere Produkte aus den großen Nahrungsmittel-Exportländern Brasilien und Argentinien befürchten.

Zugeständnisse an Landwirte

Erst mit weiteren Zugeständnissen, vor allem zusätzlichen EU-Milliarden für Landwirte, überzeugte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen schließlich die italienische Regierung und sicherte sich so eine knappe Mehrheit im Europäischen Rat. Die Wirtschaft reagierte damals erleichtert. „Die Verabschiedung von Mercosur ist ein wichtiger Erfolg für die deutsche und europäische Wirtschaft“, sagte die Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Tanja Gönner. Das Abkommen würde beweisen, dass die EU ein relevanter geostrategischer Akteur sein könne.

Ähnlich hatte sich auch der Verband der Chemischen Industrie (VCI) geäußert. „Nach mehr als 25 Jahren Verhandlungen sendet die EU damit in schwierigen Zeiten ein starkes Signal: Europa will mitgestalten – und nicht nur zuschauen“, sagte VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup. Insgesamt exportierte die deutsche chemisch-pharmazeutische

Industrie im Jahr 2024 bereits Waren im Wert von 4,3 Milliarden Euro in den Mercosur-Raum – während Deutschland entsprechende Waren aus Südamerika im Wert von 837 Millionen Euro importierte. Angesichts der geopolitischen Lage hätte das Mercosur-Abkommen abseits der ökonomischen Relevanz eine ganz neue Bedeutung. „Das Abkommen ist ein wichtiges Signal an unsere Wettbewerber aus den USA und insbesondere China. Europa sichert sich seinen Platz im globalen Handel – und zwar durch Marktentwicklung, nicht durch Protektion“, betonte DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier. Das sah auch Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses im EU-Parlament, nach der Unterzeichnung so: „In einer Zeit der Instabilität ist es ein klares Signal für eine faire, regelbasierte Partnerschaft.“

Mercosur?

Als Mercosur-Staaten werden Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bezeichnet, die sich in dem Wirtschaftsbündnis „Mercado Común del Sur“ (Gemeinsamer Markt des Südens) zusammengeschlossen haben. Bolivien gehört seit Juli 2024 formal dazu und wollte bis 2028 alle Mercosur-Regeln einführen. Das Land ist aber bisher nicht Teil des Handelsabkommens. Die Mitgliedsländer repräsentieren mit ihren rund 270 Millionen Einwohnern und ei-

nem Bruttoinlandsprodukt von knapp drei Billionen Dollar etwa zwei Drittel des südamerikanischen Kontinents. Sie sind damit die fünftgrößte Wirtschaftsregion der Welt. Beim Handelsvolumen ist allein Brasilien auf Augenhöhe mit Australien und Thailand.

Traditionell mit Europa verbunden

Die Mercosur-Länder sind demokratische Rechtsstaaten, die traditionell eng mit Europa verbunden sind. Es herrscht grundsätzlich ein starkes Interesse am multilateralen Handel und an der Zusammenarbeit mit der EU. Die Region gilt als ein verlässlicher Partner für De-Risking-Strategien und hatte angesichts der Konflikte mit anderen Märkten stark an Bedeutung gewonnen.

Viele wichtige Rohstoffe vorhanden

Die südamerikanischen Länder bieten eine ganze Reihe von Rohstoffen, die die EU dringend benötigt. Allein knapp 90 % der weltweiten Produktion des Übergangsmetalls Niob, das für Stahllegierungen benötigt wird, stammt aus Brasilien. Hinzu kommen Eisenerz, Kupfer und Nickel. In Argentinien und Bolivien liegt das bekannte Lithium-Dreieck – allein Argentinien liefert derzeit rund 6 % des in der EU verwendeten Leichtmetalls. Alternative Rohstoffquellen gibt es zwar auch in Afrika, doch die südamerikanischen Länder sind politisch, sprachlich und kulturell deutlich homogener als die 54 afrikanischen Staaten. Zudem ist die Infrastruktur größtenteils besser ausgebaut.

Was würde sich konkret ändern?

Aktuell werden europäische Fahrzeugexporte mit 35 % in den Mercosur-Ländern verzollt, Autoteile mit 14 bis 18 %, Maschinen mit 20 % und Medikamente mit 14 %. Auf europäische Lebensmittel werden zwischen 10 und 35 % aufgeschlagen. Mit dem Freihandelsabkommen sollen für 91 % aller gehandelten Waren die Zölle schrittweise entfallen. Die EU-Kommission geht davon aus, dass die europäischen Exporteure dadurch jährlich ungefähr vier Milliarden Euro einsparen. Nach aktuellen Berechnungen könnten europäische Autohersteller ihre Ausfuhr um 20 Milliarden Euro steigern, Maschinenbauer um rund fünf Milliarden Euro.

Zugleich würden 344 geografische EU-Angaben für Lebensmittel, etwa für schwäbische Spätzle oder französischen Camembert, auch in der Mercosur-Region geschützt. Von der Öffnung für staatliche Infrastrukturaufträge könnten Unternehmen ebenfalls profitieren, da die Südamerikaner in diesem Sektor eher schwach aufgestellt sind.

Das Abkommen würde zudem Rechtssicherheit im Umgang mit den traditionell risikoreichen lateinamerikanischen Staaten bringen. Zudem könnte Europa einen Marktzugang bei Post- und Logistikdienstleistungen sowie in der Telekom- und Finanzindustrie erhalten.

Es würden künftig nicht nur Zölle wegfallen, was den Handel erleichtert: Für deutsche Unternehmen ist es dann noch attraktiver, in der Region zu investieren. Brasilien ist schon aufgrund seiner Größe ein Wirtschaftspartner mit immensem Potenzial. Argentiniens Wirtschaft

erholt sich unter der liberalen Agenda von Präsident Milei zusehends. Uruguay und Paraguay sind zwar kleine, aber sehr exportstarke Länder. „In einem nächsten Schritt müssten dann ergänzend Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen den Staaten angestrebt werden“, erklärt Ingo Kramer, Vorsitzender der Lateinamerika-Initiative der deutschen Wirtschaft (LAI).

Was hätte Deutschland davon?

Deutschland würde zu den Hauptgewinnern des Abkommens zählen, da die Unternehmen mehr Autos, Maschinen, Chemie- und Medizinprodukte ausführen könnten. Das Handelsvolumen für Güter aus Deutschland lag zuletzt bei 24 Milliarden Euro. Das entspricht dem Handel mit Kanada. 85 % der deutschen Ausfuhren sind Industriegüter. Laut Angaben des VDMA ist im Abkommen ein Zollab-

bau für 95 % aller Maschinenbauprodukte vorgesehen. Allerdings betragen die vereinbarten Zollabbauperioden zehn Jahre, in einigen Fällen sogar bis zu 15 Jahre. Die positiven Auswirkungen bei Ratifizierung des Abkommens dürften sich daher auch erst mittel- bis langfristig in den Exportzahlen niederschlagen. Deutschland könnte aber auch von der Öffnung des Dienstleistungssektors profitieren, etwa im IT-Sektor, Hafenbetrieb oder dem Speditionswesen. Gerade der industrielle Mittelstand würde profitieren, da kleine und mittlere Unternehmen (KMU) von Handelshemmnissen besonders stark belastet sind. Mit dem Freihandelsabkommen würden alle Länder sogenannte KMU-Koordinatoren einsetzen, die den Bedürfnissen von KMU bei der Umsetzung des Abkommens Beachtung verschaffen sollen. Rund 9.000 deutsche Mittelständler exportieren bereits heute in den Mercosur-Raum.



News inside: DZ BANK German Desk Hongkong

Hongkong als FinTech-Hub – Gründe für die aktuelle Dynamik

Hong Kong hat in den vergangenen Monaten eine neue Phase der FinTech-Entwicklung erreicht. Die aktuelle Dynamik basiert weniger auf reiner Innovationsbreite als vielmehr auf der Fähigkeit, technologische Lösungen schnell in produktive Bankprozesse zu überführen. Im asiatischen Vergleich konkurriert Hongkong weiterhin mit Singapur, unterscheidet sich jedoch durch seine starke Einbindung in internationale Kapitalmärkte und seine Rolle als Schnittstelle zwischen globalen Finanzinstituten und dem chinesischen Markt.

Ein zentraler Treiber dieser Entwicklung ist die enge Verzahnung zwischen Regulierungsbehörden, etablierten Banken und FinTech-Anbietern. Der regulatorische Rahmen in Hongkong gilt als innovationsfreundlich, ohne dabei die hohen Standards in den Bereichen AML, KYC und Datenmanagement zu vernachlässigen. Diese Kombination aus regulatorischer Klarheit und Offenheit ermöglicht es FinTechs, Lösungen nicht nur zu tes-

ten, sondern zeitnah in den operativen Bankbetrieb zu integrieren. Für internationale Banken reduziert dies Implementierungsrisiken und beschleunigt Entscheidungsprozesse.

Auffällig ist zudem die klare B2B-Ausrichtung des FinTech-Ökosystems. Während andere Märkte stark von konsumtiven Anwendungen geprägt sind, konzentrieren sich viele Hongkonger FinTechs auf bankennahe Infrastrukturthemen wie Zahlungsverkehr, RegTech, Risikomanagement, Trade Finance und grenzüberschreitende Treasury-Lösungen.

Diese Fokussierung spiegelt die Struktur des Finanzplatzes wider, der traditionell von Corporate Banking, Kapitalmarktgeschäft und internationalen Kundenbeziehungen dominiert wird.

Einen zusätzlichen Wachstumsschub erfährt der Markt aktuell durch den Einsatz von Artificial Intelligence (AI) und Agentic AI. Solche Systeme werden zunehmend genutzt, um Compliance-Pro-

zesse zu automatisieren, Transaktionen in Echtzeit zu überwachen, Liquiditäts- und FX-Positionen zu optimieren oder Relationship-Manager mit datenbasierten Handlungsempfehlungen zu unterstützen. Agentic-AI-Ansätze ermöglichen dabei eine teilautonome Steuerung definierter Prozesse innerhalb klarer Risikorahmen. Insgesamt entwickelt sich Hongkong damit von einem reinen Innovationsstandort zu einem Umsetzungs- und Skalierungshub für bankentaugliche FinTech- und AI-Lösungen, deren Anwendungsfälle sich auf andere Regionen übertragen lassen.

Michael Jelinek

Kontakt

DZ BANK AG
German Desk Hong Kong
9th Floor, Tower II Admiralty Centre
18 Harcourt Road,
Hong Kong
germandesk.hk@dzbanks.de

Brasilien Partnerland der Hannover Messe 2026

Das Partnerland Brasilien bei der Hannover Messe vom 20. bis 24. April ist von besonderer Bedeutung, gerade angesichts des Mercosur-Abkommens. Unter dem Motto „The Industry of Today“ bietet das Land zahlreiche Geschäfts- und Kooperationsmöglichkeiten. Der brasilianische Präsident Lula da Silva wird die Hannover Messe gemeinsam mit Bundeskanzler Merz offiziell eröffnen. Deutschland ist für Brasilien der zehntgrößte Exportmarkt. Brasilien ist der größte industrielle Hersteller in Südamerika (Platz 16 weltweit) und der achtgrößte Fahrzeughersteller weltweit.

„Diese Partnerschaft bietet der brasilianischen Industrie eine historische Chance, ihr innovatives, nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Potenzial der Welt zu präsentieren“, erklärte Jorge Viana, Präsident der brasilianischen Agentur für Handels- und Investitionsförderung (ApexBrasil).

Am ersten Tag der Hannover Messe wird u.a. auf der Trade & Invest Stage eine Podiumsdiskussion zum technologischen Potenzial der brasilianischen Wirtschaft stattfinden. Dabei geht es um nachhaltige Lösungen für die Zukunft der Industrie und der Gemeinschaften. An der

Diskussion nehmen wichtige Vertreter aus der brasilianischen und deutschen Regierung sowie der Wirtschaft teil.



Weitere Informationen:
www.hannovermesse.de



Chancen für Medizintechnikanbieter in Vietnam

Vietnam hat ein landesweites Programm gestartet, im Rahmen dessen alle Bürger einmal jährlich eine kostenlose medizinische Untersuchung erhalten sollen – inklusive Blutbild, biochemischer Tests, Röntgen und bei Bedarf auch Ultraschall.

Die Maßnahme ist Teil einer breiten Reformagenda für den Gesundheitssektor, die auf einer Politbüroresolution vom 9. September 2025 beruht. Sie soll die Gesundheitsfürsorge stärker auf die Prävention ausrichten. Durch das Programm

eröffnen sich für Anbieter von Test- und Labortechnik neue Marktchancen. Der vietnamesische Markt ist attraktiv für deutsche Anbieter. Er wird zu etwa 80 bis 90 % von Importen beherrscht. Vietnam war 2023 nach Singapur, Malaysia und Thailand der viertgrößte Importeur in Südostasien.

Das Marktforschungsunternehmen Fitch Solutions erwartet bis 2028 ein durchschnittliches Wachstum von 9,9 % pro Jahr mit besonders starken Zuwächsen bei Geräten für die Diabetesbehandlung,

Kardiologie und Zahnmedizin. Derzeit sind staatliche Kliniken je nach Region sehr unterschiedlich ausgerüstet. Die neuen Geräte werden eine Verknüpfung mit der elektronischen Patientenakte ermöglichen müssen. Diese sollte ab Ende September 2025 in allen Krankenhäusern in Vietnam eingeführt werden.

Weitere Informationen:
www.dzbank.de/



Neues Verfahren bei Luftfracht in Ägypten

Nach mehrfachen Verschiebungen hat Ägypten nun die Vorabregistrierung von Luftfrachtsendungen eingeführt. Die ägyptische Zollbehörde gab offiziell bekannt, dass das Advanced Cargo Information (ACI)-System seit dem 1. Januar 2026 für alle Luftfrachtsendungen nach Ägypten verpflichtend ist.

Seit 2021 wird das ACI-System schon für Sendungen genutzt, die per Schiff nach Ägypten eingeführt werden. ACI zielt darauf ab, die Verfahren zur zolltechnischen Risikoüberprüfung und Freigabe

von Waren bei der Einfuhr zu vereinfachen und zu beschleunigen. Es trägt darüber hinaus dazu bei, die Angaben von Exporteuren und Importeuren über ein einziges Single-Window-Portal „Nafeza“ (zu Deutsch „Fenster“) zu bündeln und zu verifizieren.

Gemäß der neuen Regelung sind ausländische Exporteure verpflichtet, sämtliche Versanddokumente vor dem Versand elektronisch über die Plattform CargoX hochzuladen. Dieser Prozess erfolgt nach Erhalt der Advanced Cargo Information

Declaration (ACID), die vom ägyptischen Importeur über die Nafeza-Plattform mithilfe der Proforma-Rechnung beantragt wird. Dieser Schritt ist entscheidend für die Validierung und Ausstellung der ACID-Nummer, die in allen Versanddokumenten enthalten sein muss.

Weitere Informationen:
<https://aegypten.ahk.de/>



DZ BANK mit starker Marktposition in der Exportfinanzierung

Die DZ BANK behauptet ihre Spitzenposition in der Exportfinanzierung – exemplarisch dargestellt anhand zweier bedeutender Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2024 führte sie bei Exportfinanzierungen in die Türkei sowohl nach Volumen als auch nach Anzahl der Transaktionen die Rangliste der deutschen Banken an. Darüber hinaus war die DZ BANK im Zeitraum von 2020 bis 2024 global führend bei Exportfinanzierungen nach China.

Quelle: TXF Media

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft

Wieder Ärger mit dem „DAP-Preis“? – muss nicht sein!

Beim Luft- und Seetransport unterliegen die Frachtkosten Schwankungen, sodass sie zum Zeitpunkt eines Vertragschlusses noch nicht genau beziffert werden können. Wenn ein „DAP-Preis“ vereinbart wird, steht der Exporteur vor dem Problem, wie er die Frachtkosten in seine Preiskalkulation einfließen lassen kann. Ein unlösbarer Konflikt?

Die Vario & Preis GmbH schließt als Exporteurin mit der neuseeländischen Fixed Price Pty Ltd einen Vertrag über Maschinenersatzteile. Die Lieferung soll DAP Tauranga Incoterms 2020 erfolgen. Der Importeurin wird die Ware zu einem „DAP-Preis“ angeboten. In der Bestätigung der Purchase Order sind Frachtkosten in Höhe von EUR 1,00 aufgeführt, da sie noch nicht feststanden. In der Schlussrechnung beziffert die Exporteurin sie genau. Die Importeurin verweigert die Zahlung der Frachtkosten, da sie bereits in dem in der Purchase Order ausgewiesenen Kaufpreis enthalten seien. Sie habe mit diesem Preis als Festpreis kalkulieren dürfen.

Wer trägt die Frachtkosten bei DAP?

Nach A9 DAP muss der Verkäufer alle die Ware betreffenden Kosten bis zur Lieferung an deren Bestimmungsort tragen. Ausgenommen sind jedoch nach B9 DAP die Kosten, die von dem Käufer zu tragen sind, wozu insbesondere die Entladekosten und die Kosten der Einfuhrabwicklung zählen.

Bei DAP trägt der Verkäufer somit alle Kosten und Risiken, bis die Ware zur Entladung durch den Käufer bereitsteht. DAP ist grob gesagt so konzipiert, dass der Käufer außer der Einfuhrabwicklung sowie der Entladung der Ware nichts zu unternehmen braucht und diese zum Bestimmungsort geliefert bekommt. Natürlich muss er den Kaufpreis zahlen.

Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.



Die Frachtkosten sind nach DAP aber von dem Verkäufer zu tragen. Dies heißt aber nicht automatisch, dass der Käufer sie letztlich wirtschaftlich gesehen nicht doch zahlen muss. Denn der Verkäufer hat ein Interesse, sie einzupreisen. Aus der Sicht des Käufers stellt sich der Kaufpreis – ungeteilt der Kostenregelungen in DAP – als ein „All in“-Preis dar. Wie dieser kalkuliert ist, ist ihm nicht bekannt und es braucht ihn auch nicht zu interessieren, wenn er den Preis akzeptiert.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Dass nach DAP zu dem genannten „DAP-Preis“ keine von dem Käufer zu tragenden Frachtkosten hinzukommen, hat für ihn den Vorteil, dass er mit einem festen Kaufpreis für seinen Einkauf kalkulieren und auf dieser Grundlage seine Gewinnmarge bei den Geschäften mit seinen Endkunden ermitteln kann. Der Verkäufer hat ein Interesse daran, die Transportkosten bei der Kalkulation des Kaufpreises zu berücksichtigen. Letztlich würden die Frachtkosten damit wirtschaftlich gesehen indirekt dem Käufer aufgebürdet.

Gibt es Lösungen in der Praxis?

Hier treffen diametral entgegengesetzte Interessen aufeinander. Wie kann dieser Interessenkonflikt gelöst werden? Hierfür bieten sich Gestaltungsmöglichkeiten. Denn der Inhalt einer Incotermklausel ist vertraglich abdingbar, d. h. es können davon abweichende individuelle Vereinbarungen zwischen den Parteien des Kaufvertrags getroffen werden, auch wenn dies aufgrund der „Paketlösung“ einer Incotermklausel grundsätzlich nicht ohne professionelle Beratung erfolgen sollte.

Wenn der Exporteur seine Kaufpreisfindung hinsichtlich der Fremdkosten trans-

parent machen möchte, die Frachtkosten zum Zeitpunkt der Unterbreitung des Angebots jedoch noch nicht genau feststehen, sollte er dieses Thema im Rahmen der Vertragsverhandlungen ansprechen. Die Parteien könnten dann vereinbaren, dass in Abweichung von den Regelungen in DAP die Frachtkosten nicht im genannten „DAP-Preis“ enthalten seien, sondern dem Käufer nachträglich separat in der tatsächlich anfallenden Höhe in Rechnung gestellt würden.

Damit würde späterer Ärger insoweit zwar vermieden; fraglich ist aber, ob der Exporteur dies durchsetzen kann, zumal dem Importeur dessen Kalkulationsbasis wegbrechen würde. Da die Marktmacht eines Exporteurs bei der Vereinbarung von DAP nicht so stark zu sein scheint – sonst hätte er DAP wohl nicht akzeptiert –, ist es fraglich, ob er seinen Vorschlag durchsetzen kann.

Das würde ebenso hinsichtlich einer pauschalen Preiskomponente für die Frachtkosten und einen Höchstbetrag der von dem Käufer zu tragenden Frachtkosten gelten. Denn damit würde das Risiko der tatsächlichen Höhe der Frachtkosten verteilt. Einfacher wäre es daher aus Verkäufersicht, die Frachtkosten mit einzupreisen und nicht gesondert aufzuführen.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Georgien

Georgien – das liegt irgendwo auf dem Kaukasus, oder? Für die wenigsten Deutschen ist das Land ein fester Begriff. Doch das könnte sich ändern, denn Georgien beweist seit vielen Jahren einen erstaunlichen Wirtschaftsaufstieg – wären da nicht die politischen Spannungen. Das kleine eurasische Land an der Schwarzmeerküste liegt im Südkaukasus genau auf der Grenze zwischen Europa und Asien, definiert sich kulturell jedoch eindeutig als Teil Europas. Im Norden grenzt es an Russland, weitere Anrainer sind die Türkei, Armenien und Aserbaidschan. Mit einer Fläche von 69.700 km² ist es gerade einmal so groß wie Bayern und dennoch landschaftlich sehr abwechslungsreich; denn hier trifft das Kaukasusgebirge auf das Schwarze Meer – nur 200 Kilometer Luftlinie sind es von Georgiens höchstem Gipfel, dem 5.200 Meter hohen Schchara, bis zur Küste. Ganze zehn verschiedene Klimazonen zählt Georgien auf diesem engen Raum, von kalt-gemäßigt bis subtropisch. Wirtschaftliches und politisches Zentrum Georgiens ist die Hauptstadt Tiflis mit rund 1,2 Millionen Einwohnern – fast ein Drit-

tel der 3,7 Millionen Einwohner des Landes leben also in der Hauptstadt. Weitere wichtige Orte sind die Hafenstadt Batumi, Kutaissi und die Industriestadt Rustawi südlich von Tiflis, die in der Sowjetzeit gezielt als Zentrum der Schwerindustrie aufgebaut wurde.

Politische Lage

Das georgisch-orthodoxe Georgien blickt auf eine lange Geschichte von christlichen Königreichen zurück, die teils unter persischen und osmanischen Einflüssen standen. Die große historische Zäsur allerdings fand im Jahr 1800 statt, als Georgien ins Zarenreich Russland eingegliedert wur-

de. Kurz nach der russischen Revolution erklärte sich Georgien 1918 zur unabhängigen Republik, die jedoch mit dem Einmarsch der Roten Armee 1921 endete. Erst mit dem Ende der Sowjetunion 1991 ergab sich die nächste Gelegenheit zur Unabhängigkeit.

Die Anfangsjahre als unabhängiger Staat unter dem ehemaligen Sowjetpolitiker Eduard Schewardnadse waren geprägt von politischer Instabilität, ethnischen Konflikten und schweren wirtschaftlichen Krisen. Besondere Herausforderungen stellen seitdem die abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien dar, die rund ein Fünftel des Territoriums ausmachen und mit Unterstützung Russlands faktisch unabhängig sind, von Tiflis jedoch weiterhin als Teil des Staatsgebiets beansprucht werden.

Die „Rosenrevolution“ 2003 leitete eine Zeit tiefgreifender Reformen, der Orientierung nach Westen und der wirtschaftlichen Öffnung ein. Im Oktober 2010 verabschiedete zudem das Parlament eine Verfassungsreform, mit der das politische System von einem stark präsidentiell geprägten Modell in eine parlamentarische Republik umgebaut wurde.

Die fünf größten Geschäftsbanken

Bank of Georgia

TBC Bank

Liberty Bank

Basisbank

Credo Bank

Quelle: DZ BANK



Die Altstadt von Tiflis, der Hauptstadt Georgiens, soll zum UNESCO-Weltkulturerbe erklärt werden. Durch sie führte einst die Seidenstraße.

2011 schließlich gründete der Oligarch Bidsina Iwanischwili eine Bürgerbewegung, aus der 2012 die Oppositionspartei Georgischer Traum (GD) hervorging, die noch im selben Jahr die Mehrheit gewann. Problematisch ist: Obwohl theoretisch pro-europäisch ausgerichtet, zeigt der Georgische Traum seither zunehmend russlandfreundliche Tendenzen.

Laut Verfassung ist Georgien eine parlamentarische Demokratie mit Mehrparteiensystem; Staatsoberhaupt ist der Präsident (seit 2018 Salome Surabischwili), Regierungschef der vom Parlament gewählte Premierminister (seit 2024 Irakli Kobachidse). Das Parlament (Sakartvelos Parlamentⁱⁱ) ist einkammerig und besteht aus 150 Abgeordneten, die nach Verhältniswahlrecht für vier Jahre gewählt werden. In der Praxis dominiert seit Jahren die Partei Georgischer Traum das System, wodurch die formale Gewaltenteilung zunehmend ausgehöhlt wird. Denn die Partei übt starken Einfluss auf Justiz, Medilenaufsicht und Wahlverwaltung aus.

Ihr Gründer und mittlerweile Ehrenvorsitzender Bidsina Iwanischwili kontrolliert rund 40 % der digitalen Medien des Landes. Offiziell pro-europäisch und pro-NATO, verfolgt GD in den letzten Jahren einen zunehmend konservativ-illiberalen Kurs mit deutlichen Annäherungen an Russland – so wurde 2024 nach russischem Vorbild das „Law on Transparency of Foreign Influence“ verabschiedet, das Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien mit ausländischer Finanzierung stark einschränkt.

Seit den Wahlen Ende 2024, die unter dem Verdacht von Wahlbeeinflussung und -betrug stehen, hat sich die Lage zugespitzt: Vor allem junge Georgier fordern in nahezu täglichen Massenprotesten Neuwahlen, Rechtsstaatlichkeit und einen klaren EU-Kurs. Georgien ist zwar seit Dezember 2023 offizieller EU-Beitrittskandidat. Der Beitrittsprozess ist aber faktisch eingefroren, weil die Regierung zentrale Reformen nicht umsetzt und mit den „Foreign Influence“-Gesetzen gegen EU-Auflagen zum Schutz von Zivilgesellschaft und Medienfreiheit verstößt.

Die Regierung hat signalisiert, die EU-Beitrittsverhandlungen frühestens nach 2028 wieder aktiv zu verfolgen, während die EU ihrerseits betonte, dass ohne Rücknahme der repressiven Gesetze keine weiteren Schritte möglich sind. Wie zerrissen Georgien politisch ist, zeigte

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung (in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (in % zum BIP)
2022	11,0	11,9	-3,0
2023	7,8	2,5	-2,3
2024s	9,4	1,1	-2,3
2025p	7,2	4,0	-2,4

s = Schätzung p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI), AHK, Weltbank, Wirtschaftskammer Österreich, Statista

Entwicklungen in der Außenwirtschaft (in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2021	-1.937	1.200	3.900
2022	-1.120	2.253	4.400
2023	-1.326	1.902	4.600
2024p	-1.540	1.334	4.400

p = Prognose

Quellen: Germany Trade & Invest (GTAI), Internationaler Währungsfonds, Wirtschaftskammer Österreich WKO

sich übrigens schon im Jahr 2023, als ein Amtsenthebungsverfahren der Regierungspartei gegen die 2018 gewählte Präsidentin Salome Surabischwili „wegen außenpolitisch zu aktiver Amtsführung“ scheiterte.

Wirtschaftsstruktur

Georgien gilt als Vorreiter für marktwirtschaftliche Reformen im postsow-

jetischen Raum. Dem „Ease of Doing Business“-Ranking zufolge, wo es 2020 den siebten Platz belegte, ist es eines der liberalsten Länder Osteuropas. Auch in der „Business Ready“-Bewertung der Weltbank, die 2024 das „Ease of Doing Business“-Ranking ablöste, liegt Georgien unter den 50 untersuchten Ländern zu den globalen Top-Standorten (u.a. Platz 2 bei „Operational Efficiency“ und Platz 3 bei „Regulatory Framework“).



Bei den privaten Investitionen in Georgien sind unter anderem erneuerbare Energien aus Wasserkraft bedeutsam. Im Bild das Wasserkraftwerk Inguri.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Georgien (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2021	380	95	285
2022	583	102	481
2023	816	99	717
2024	1.037	88	949

Quellen: Statistisches Bundesamt, Germany Trade & Invest (GTAI)

Nach umfassenden Privatisierungen dominieren heute kleine und mittlere Unternehmen die Wirtschaft. Auffällig ist auch der Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen in den vergangenen Jahren. Generell ist Georgiens Wirtschaft dienstleistungsorientiert – dieser Sektor sorgt für rund 62 % des Bruttoinlandsprodukts. Eine besondere Rolle spielen hier der Tourismus, die Bereiche Transport/Logistik und der Finanzsektor. Auf die Industrie, meist Leichtindustrie, Lebensmittelverarbeitung sowie Baustoffe, entfallen rund 20 % des BIP, während die Landwirtschaft (Wein, Nüsse, Agrarprodukte) zwar noch immer rund 40 % der Arbeitskräfte beschäftigt, aber nur 5 bis 6 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt.

Der durchschnittliche Monatslohn ist 2025 mit nur rund 530 US-Dollar überschaubar, die Armut- und Arbeitslosenquote sind mit 9,4 % bzw. 13,9 % relativ hoch. Besonders erwähnenswerte Rohstoffvorkommen hat Georgien nicht, sieht man von einigen Erzvorkommen wie Mangan, Kupfer, Gold und Eisen ab. Sowohl bei Energie, Lebensmitteln und Technologien ist das Land stark auf ausländische Zulieferungen angewiesen.

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslage

Seit 2022 erlebt Georgien einen soliden Wirtschaftsaufschwung. 2024 und 2025 werden BIP-Wachstumsraten von 7 bis 7,4 % verzeichnet – und die Prognosen für 2026 sehen mit mindestens 5 % ebenfalls positiv aus. Im regionalen Vergleich steht Georgien damit sehr gut da. Die Inflation liegt 2025 stabil bei rund 3,6 %. Haupttreiber des Wachstums sind privater Konsum, Dienstleistungen und Tourismus.

Letzterer ist vor allem getragen von russischen Reisenden, die seit dem Angriffs-krieg auf die Ukraine 2022 vermehrt in Georgien Urlaub machen. Auch sonst ist Georgien, das russische Staatsbürger auch

ohne Visum einreisen lässt, von einer hohen Zahl russischer Unternehmensgrün-dungen geprägt (etwa 30.000). Für russische Staatsbürger ist Georgien faktisch zu einem Transit- oder Auswanderungsland geworden.

Die Regierung hat sich zudem große Ziele gesetzt: Bis 2028 soll das BIP um nominal 60 % gegenüber 2023 ansteigen. Bei den staatlichen Investitionen stehen Straßenbau, Wasser- und Abwas-serwirtschaft (bis 2031 sollen allein hier 3,2 Milliarden Euro fließen, denn noch immer sind rund ein Viertel der Georgier nicht an das öffentliche Wassernetz an-

Zusammenarbeit mit Deutschland stockt derweil: Ende 2024 stoppte das deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung alle Projekte mit Georgien, darunter die Projektfinanzierungen für die Entwick-lung einer grünen Wasserstoff-wirtschaft in Georgien, für die Modernisierung der Wasserinfrastruktur in Batumi und den Ausbau der Energie-netze.

Bei den privaten Investitionen sind laut Germany Trade & Invest (GTAI) vor allem der Tourismus, der Wohnungsbau (wie beispielsweise das türkisch-georgische Projekt des neuen Stadtviertels Maqro City Tiflis, ein gemischter Wohn- und Gewerbe-Komplex) und erneuerbare Energien aus Wasserkraft bedeutsam. Die erwarteten ausländischen Direktin-vestitionen von jeweils gut 1,5 Milliarden US-Dollar für 2025 und 2026, so die Angaben der GTAI weiter, sind beachtlich. Freilich stammen sie nach Angaben der österreichischen Wirtschaftskammer vor allem aus der Türkei und Russland sowie Saudi-Arabien.

Dos and Don'ts in Georgien

- ▶ Verwenden Sie formelle Titel (Herr/Frau) und Nachnamen. Wechseln Sie erst zum Vornamen, wenn Sie dazu aufgefordert werden.
- ▶ Pünktlichkeit wird erwartet, aber Toleranz für Verspätungen (bis zu einer Stunde) ist üblich, besonders bei weniger wichtigen Treffen. Bei VIPs ist Pünktlichkeit entschei-dend.
- ▶ Smalltalk über Familie und Interessen ist wichtig, um Vertrauen aufzubauen. Geduld und Zeit sind für den Aufbau von Beziehungen entscheidend.
- ▶ Stellen Sie sicher, dass der Chef oder Eigentümer anwesend ist, da Entscheidungen oft an der Spitze getroffen werden.
- ▶ Kleiden Sie sich konservativ und professionell. Männer tragen Anzug und Krawatte, Frauen eher dezente Kleidung oder Hosenanzüge.

geschlossen) und die soziale Infrastruktur, vor allem Schulen, im Mittelpunkt. Geplant sind etliche Großprojekte, wie ein neuer internationaler Hauptstadt-flughafen für rund 1,3 Milliarden US-Dollar, ein Schwarzmeer-Tiefseehafen in Anaklia, die Ausweitung des Frachtmus-schlags und der Lagerhaltung sowie der Ausbau des Containerterminals im See-hafen Poti und mehrere Verbindungs-straßen zu den Nachbarländern Armenien, Aserbaidschan und Türkei.

Vor allem das Tiefseehafen-Projekt weckt derzeit auch großes Interesse auf chinesischer Seite. Hier sollen Investitionen für eine Eingliederung in die neue Seidenstraße sorgen. Die

Außenhandel mit Deutschland und Europa

Die wirtschaftliche und politische An-näherung Georgiens an die Europäische Union erfolgt seit 2014 durch ein Asso-zierungsabkommen mit einer „vertieft-en und umfassenden Freihandelszone“ (Deep and Comprehensive Free Trade Area, DCFTA), das faktisch wie ein Freihandelsabkommen wirkt und schrittwei-se Zölle und Handelshemmisse abbaut. Im Dezember 2023 erhielt das Land den EU-Beitrittskandidatenstatus. Dieser liegt allerdings derzeit auf Eis. Dennoch ist die EU Georgiens wichtigster Han-delspartner.

Im Jahr 2023 entfielen etwa 20,9 % des gesamten georgischen Außenhandels auf die EU. 2024 beliefen sich die EU-Ausfuhren nach Georgien auf rund 4,3 Milliarden Euro. Der Großteil des EU-Warenstroms nach Georgien besteht aus Maschinen, Transportausrüstung, Chemie, landwirtschaftlichen Produkten und verarbeiteten Industrieprodukten, während Georgien vorrangig Mineralprodukte, Chemikalien und Textilien in die EU liefert. Insgesamt macht der Handel mit Georgien jedoch nur etwa 0,1 % des gesamten EU-Außenhandels aus.

Deutschland spielt innerhalb dieses europäisch-georgischen Warenhandels eine besondere Rolle, denn Deutschland ist größter EU-Einzelabnehmer und der wichtigste Beschaffungsmarkt. Laut Auswärtigem Amt lag das deutsch-georgische Handelsvolumen 2023 bei rund 914,8 Millionen Euro, davon entfielen etwa 815,8 Millionen Euro auf deutsche Exporte nach Georgien und rund 99 Millionen Euro auf Importe.

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau, Umwelttechnik, Nahrungsmittelindustrie sowie Dienstleistungen und „Busi-

ness Process Outsourcing“ profitieren vom Marktzugang – rund 250 deutsche Unternehmen sind im Land aktiv. Die Chancen für Handel und Investitionen – besonders im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Ökostrom, Solar- und Wasserkraftausbau sowie die logistische Drehscheibenfunktion zwischen Asien und Europa – stehen weiterhin gut.

Aussichten

Georgiens Entwicklung bleibt spannend. Ob und inwieweit die wirtschaftlichen Erfolge und das derzeitige Wirtschaftswachstum von Dauer sein werden – mit Wachstumsprognosen von mindestens 5 % für das Jahr 2026 sind die Aussichten eigentlich sehr positiv –, hängt sicher auch stark davon ab, wie sich Georgien langfristig außenpolitisch positioniert. Sprich, ob Georgien seine Zukunft klar im westlichen Bündnissystem sieht oder eher in einer „balancierten“ Position mit Rücksicht auf das große Nachbarland Russland und wie weit der Abbau demokratischer Strukturen durch die Regierungspartei Georgischer Traum letztlich dann fortschreitet.

Hauptimportgüter Georgiens (in Prozent der Gesamteinfuhr 2024)

Kfz und -Teile	25,7
Chemische Erzeugnisse	19,6
Nahrungsmittel	10,4
Petrochemie	3,6
Maschinen	3,1

Quelle: Germany Trade & Invest

Langfristig könnte eine schwierige politische Lage auch die Zugpferde Tourismus und ausländische Investitionen abschrecken. Demgegenüber verhilft gerade diese schwierige Position zwischen Russland und Asien Georgien zu einem regelrechten Boom als Logistikzentrum, denn hier lässt sich auf dem Weg nach Osten und Südosten Russland umgehen.

Ebenfalls unsicher ist das Verhältnis zu Südossetien und Abchasien, denn der Grenzkonflikt ist noch lange nicht beigelegt. Zwar gibt es theoretisch ein Abkommen, das einen stufenweisen Rückzug der russischen Truppen vorsieht, bisher wurde es allerdings nicht umgesetzt.

Eckdaten für den Export nach Georgien

Bevölkerung:
3,7 Millionen

Hauptstadt:
Tiflis

Währungseinheit:
Georgischer Lari (GEL), 1 Lari = 100 Tetri

Wichtige Feiertage:
3. März Muttertag
9. April Nationalfeiertag
10.-13. April Ostern Orthodox
9. Mai Tag des Sieges
12. Mai St.-Andreas-Tag
26. Mai Unabhängigkeitstag
28. August Mariä Himmelfahrt
14. Oktober Mzchetoba
23. November St.-Georgs-Tag

Internationale Flughäfen:
Tiflis, Kopitnari, Batumi

Korrespondenzsprachen:
Georgisch (Amtssprache)

Zolltarif:
In Georgien werden für etwa 80 Prozent der Erzeugnisse keine Zölle erhoben. Unter die noch zollpflichtigen Erzeugnisse fallen vor allem Waren aus dem Lebensmittelbereich und der Landwirtschaft. Es werden Wertzölle in Höhe von fünf oder zwölf Prozent erhoben. Wertzölle werden in Form eines Prozentsatzes vom Warenwert erhoben.

Zahlungsbedingungen und Angebote:
Von Lieferung auf offene Rechnungen wird abgeraten; Zahlung gegen unwiderrufliches, bankbestätigtes Dokumentenakkreditiv oder Vorkasse. Bei Vorauszahlung sind jedoch die russischen devisenrechtlichen Bestimmungen zu beachten. Üblicherweise wird unverzollt und unversteuert vereinbart.

Euler Hermes Länder-Klassifizierung:
5 von 7
Es bestehen keine formellen Deckungseinschränkungen für kurzfristige Geschäfte. Für mittel- und langfristige Geschäfte bestehen nur bei besonderer Förderungswürdigkeit Deckungsmöglichkeiten im privaten Sektor. Im öffentlichen Sektor von Fall zu Fall.

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

Nützliche Adressen

Botschaft von Georgien in Deutschland
Rauchstraße 11
10787 Berlin
+49 (0) 30 484-9070
berlin.emb@mfa.gov.ge
<https://germany.mfa.gov.ge/de>

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland
Nino Chkheidze Str. 38, 0102 Tbilisi
+995 (0) 32-244-7300
info@tiflis.diplo.de
<http://www.tiflis.diplo.de>

Deutsche Wirtschaftsvereinigung Georgien
Rustaveli Ave. 24
0108 Tbilisi
+995 (0) 32 220-5767
info@dww.ge
www.dww.ge

Wie Deutschland bei Seltenen Erden unabhängiger wird

Bei mineralischen Rohstoffen hat Deutschland bisher nicht viel zu bieten. Vor allem bei Seltenen Erden, die für die Produktion von Akkus und Halbleitern unverzichtbar sind, ist Deutschland wie viele andere Länder bisher in hohem Maße von China abhängig. Die begehrten Metalle sind zwar nicht selten, doch über das Know-how zur Aufbereitung verfügt vor allem China. Wie kann Deutschland hier unabhängiger werden? Wir sprachen mit zwei Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR).

VR International: Die Abhängigkeit von China bei sogenannten Seltenen Erden hängt fast schon wie ein Damoklesschwert über der deutschen Wirtschaft. Gibt es Alternativen?

Dr. Harald Elsner: Waren früher bestimmte Seltene Erden unter anderem auch in Brasilien, Indien, Russland und den USA erhältlich, werden mittelfristig alle Seltenen Erden in ausreichenden Mengen auch in Australien verfügbar sein. Begrenzte Mengen an Seltenen Erden gelangen zudem bereits aus Malaysia auf den Markt.

VR International: Mit dem Anspruch des US-Präsidenten auf Grönland stehen jetzt auch die dort vorhandenen Rohstoffe im Mittelpunkt der Diskussionen. Wie beurteilen Sie das mineralische Vorkommen und das mögliche Potenzial für Deutschland?

Dr. Harald Elsner: Auf Grönland sind teils große Vorkommen von Gold, Platingruppenmetallen, Uran, Strontium, Eisenerz, Molybdän, Blei/Zink, Lithium, Beryllium und Niob bekannt. Von Bedeutung sind außerdem zwei Vorkommen von Seltenen Erden, darunter mit Kringlerne das weltgrößte Vorkommen der strategisch wichtigen schweren Seltenen Erden. Alle bekannten Mineralvorkommen Grönlands befinden sich im eisfreien Küstenraum. Einzige Ausnahme ist das Eisenerzvorkommen Isua, das noch teilweise eisbedeckt ist. Unterhalb des Inlandeises fand bisher keine Exploration statt und wäre auch sehr kostenintensiv.

Die generellen Herausforderungen an einen Bergbau in Grönland sind: arktisches Klima, schlechte bis keine Infrastruktur vor allem auch für Energie, kein Fachpersonal, sehr hohe Explorationskosten und hohe Umweltschutzanforderungen. Auf Grönland finden durch deutsche Unternehmen bisher aber weder Explorationsarbeiten noch eine Gewinnung von Rohstoffen statt.

VR International: Die Europäische Union hat im vergangenen Jahr mit dem „Critical Raw Materials Act“ (CRMA) beschlossen, dass bis 2030 10 % des Bedarfs an kritischen Rohstoffen in der EU gewonnen, zu 40 % hier verarbeitet werden und zu 25 % aus europäischem Recycling stammen sollen. Ist das realistisch?

Dr. Britta Bookhagen: Ökonomisch sind die Ziele sinnvoll, denn sie erhöhen die Versorgungssicherheit, reduzieren geopolitische Risiken und stärken die industrielle Wertschöpfungskette in Europa. Für Schlüsselindustrien wie erneuerbare Energien und Elektromobilität ist eine stabile Rohstoffversorgung strategisch wichtig.

Die Realisierbarkeit der Ziele ist vor allem auch im Hinblick auf den kurzen Zeitraum bis 2030 unterschiedlich zu bewerten. Für das Ziel der Gewinnung gilt, dass es in Europa zwar Vorkommen kritischer Rohstoffe gibt, der Abbau jedoch oft kostenintensiver und die gesellschaftliche Akzeptanz meist geringer ist als in anderen Ländern, dafür der Abbau höhere Umweltauflagen erfüllt. Generell sind für den Bergbau lange Vorlaufzeiten üblich. Erreichbarer scheint das Ziel von 40 % Verarbeitung in der EU, da Europa über eine starke Industrie in Chemie, Metallurgie und Werkstofftechnik verfügt. Voraussetzungen sind unter anderem jedoch hohe Investitionen und wettbewerbsfähige Energiepreise.

Das Ziel von 25 % europäischem Recycling ist ebenfalls herausfordernd. Technologisch ist Europa gut aufgestellt und für einige Rohstoffe funktioniert das Recycling bereits wirtschaftlich, ist gut etabliert und trägt zur Bedarfsdeckung bei. Doch für viele kritische Rohstoffe fehlen bislang unter anderem ausreichend recycelbare Mengen, effiziente Sammel- und Sortiersysteme, großskalige Recyclingkapazitäten sowie verlässliche Abnehmer des Materials.

Interview mit ...

Dr. Harald Elsner
Geologe



Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Dr. Britta Bookhagen
Arbeitsbereichsleiterin für Recyclingrohstoffe



DERA (rohstoffwirtschaftliches Kompetenzzentrum zu mineralischen Rohstoffen und Recyclingrohstoffen bei der BGR)

VR International: EU-Industriekommissar Stéphane Séjourné legte erst kürzlich einen Vorschlag vor, der unter anderem den Aufbau strategischer Reserven und Exportbeschränkungen vorsieht. Was halten Sie davon?

Dr. Britta Bookhagen: Investitionen in strategische Lagerbestände können die Versorgungssicherheit erhöhen und Produktionsausfälle oder Lieferunterbrechungen abfedern. Beide Maßnahmen sind nicht ganz einfach umzusetzen und haben auch Nachteile. Wenn sie fundiert umgesetzt werden, können sie Zeit verschaffen, um alternative Lieferketten aufzubauen oder weitere politische Lösungen zu finden, und dienen somit der Resilienz sowie einer Ergänzung zum Critical Raw Materials Act der EU. Investitionen in diese Maßnahmen können damit zu einer weiteren Abmilderung der Abhängigkeiten führen, sollten jedoch auf jeden Fall parallel zum Ausbau von Produktions-, Verarbeitungs- und Recyclingkapazitäten stattfinden.

Was macht eigentlich ... die WTO?

Die Welthandelsorganisation (World Trade Organization/WTO) ist die einzige internationale Organisation, die den globalen Handel regelt und Rahmenbedingungen für den Welthandel schafft. Sie ist zugleich die mächtigste Handelsorganisation der Welt. Von dem Ziel, Handelshemmnisse abzubauen und ein Forum für multilaterale Verhandlungen zu schaffen, haben viele Länder dieser Welt profitiert. Heute steht die Organisation auf wackeligen Füßen – auch wegen der US-Handelspolitik, aber nicht nur.

Die hinter der WTO-Gründung stehende Idee ist die optimale Nutzung der globalen Ressourcen im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung. Verbunden ist damit auch die Hoffnung, dass ein fairer Wettbewerb dabei hilft, internationale Konflikte zu vermeiden. Ein hehres Ziel, an dem heute stark gekratzt wird.

„Die WTO ist in ihrer Funktion als Hüterin der globalen Handelsordnung stark geschwächt“, so Dr. Stormy-Annika Mildner, Direktorin des Aspen Instituts. „Immer häufiger werden Handelsentscheidungen nicht mehr auf der Grundlage multilateraler Regeln getroffen, sondern entlang geopolitischer, sicherheitspolitischer oder machtstra-

tegischer Erwägungen.“ Gleichzeitig würden immer mehr Staaten auf eine transaktionale Handelspolitik setzen. „Ob sich dieser Trend dauerhaft verstetigt, hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, dem regelbasierten System neues Gewicht zu verleihen – durch eine WTO-Reform, regelbasierte Freihandelsabkommen und eine glaubwürdige Durchsetzung bestehender Regeln“, betont die international anerkannte Expertin für transatlantische Beziehungen und Handelsfragen.

Die Hüterin des fairen Welthandels steckt in der Krise

Das Vertrauen zwischen den WTO-Mitgliedstaaten schwindet immer mehr. Wenig Einigkeit gibt es auch bei der Frage, in welche Richtung sich die Organisation weiterentwickeln sollte. Das ist jedoch dringend notwendig, damit die Regeln mit den Entwicklungen im Welthandel Schritt halten. So fehlen moderne Handelsregeln in den Bereichen Investitionen, Schutz geistigen Eigentums oder der Wettbewerbspolitik. Der elektronische Handel sowie der Handel mit Energie und Rohstoffen werden bisher kaum berücksichtigt.

„Außerdem müssen wir Entwicklungsländer besser in das System integrieren – das sind die Märkte der Zukunft, also müssen wir sicherstellen, dass sie erfolgreich sind. Und wir müssen Raum für andere schaffen, die sich industrialisieren“, erklärte WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala.

Seit Jahren wird eine Reform der Organisation in all ihren Kernfunktionen gefordert. Geschehen ist bisher aber wenig. Für die EU ist dies jedoch essenziell, „um das Vertrauen und den politischen Rückhalt aller Mitglieder zurückzugehen und das auf Regeln beruhende multilaterale Handelssystem aufrechtzuerhalten“, so der Vizepräsident der Europäischen Kommission und der für Handel zuständige Kommissar Valdis Dombrovskis.

Ein Wegbrechen der multilateralen Handelsregeln hätte für deutsche und europäische Unternehmen aufgrund ihrer starken Integration in die Weltwirtschaft gravierende Auswirkungen. Die Europäische Union hat zwar ein Netz bilateraler Freihandelsabkommen – die handelspolitischen Schwergewichte wie die USA, China und Indien gehören bisher aber nicht dazu.



„Für die Realwirtschaft bleibt ein funktionierendes multilaterales Handelssystem unverzichtbar, es ist ein zentraler Stabilitätsanker für Wachstum, Investitionen und Beschäftigung“, betont Oliver Wieck, Generalsekretär von ICC Germany, dem deutschen Nationalkomitee der Internationalen Handelskammer.

Im Vorfeld der Ministerkonferenz Ende März forderte die ICC die WTO-Mitglieder auf, eine strukturierte, zeitlich begrenzte Reformrunde einzuleiten und das Moratorium für Zölle auf elektronische Übertragungen beizubehalten. Aus Sicht von Wieck ist dies zur Wiederherstellung von Stabilität und Vertrauen im globalen Handel entscheidend.

Streitschlichtung bisher das Kronjuwel der WTO

Vor allem die Streitschlichtung (Dispute Settlement) zwischen den WTO-Mitgliedern wurde bisher als Kronjuwel der WTO bezeichnet. Aber gerade dies befindet sich in einer Dauerkrise. Verantwortlich dafür sind in erster Linie die USA, die unter den Präsidenten Barack Obama und Donald Trump die Nachbesetzung von Richtern verweigern und somit das Berufungsgremium lahmgelegt haben. Während die Streitbeilegung unter Obama in weiten Teilen noch funktionierte, geht seit Trumps erster Amtszeit nichts mehr. Um dennoch Handelsstreitigkeiten beilegen zu können, hat die EU für die Übergangszeit eine „Mehrparteien-Interimsvereinbarung zur

Beilegung von Handelsstreitigkeiten“ (Multi-Party Interim Appeal Arbitration Arrangement, MPIA) ins Leben gerufen. Mit der Aufnahme Japans im März 2023 umfasst das MPIA 26 Staaten – inklusive Australien, China und Brasilien. Die USA sind der Vereinbarung nicht beigetreten. Die WTO ist zwar stark angeschlagen, aber nicht tot: Nach wie vor basieren gut 70 % des Welthandels auf ihren Regeln. „Die WTO sollte nicht ohne Not zum Problemfall gemacht werden und bleibt die zentrale Plattform, um ein kooperatives und regelbasiertes Welthandelssystem zu fördern“, so Dr. Axel Berger vom German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Die WTO befindet sich in einer Krise – dysfunctional sei sie deswegen aber nicht.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat daran offenbar Zweifel. Im vergangenen Jahr kündigte sie an, an Alternativen zur WTO zu arbeiten und mit dem transpazifischen Handelszusammenschluss CPTPP Kooperationsgespräche aufzunehmen zu wollen. Die „strukturierte Zusammenarbeit“ mit den zwölf CPTPP-Ländern (Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam und dem kürzlich beigetretenen Großbritannien) könne „als ein Anfang für die Neugestaltung der WTO“ betrachtet werden, sagte sie vor Journalisten.

Aus ökonomischer Sicht wäre das ein Paukenschlag. Zusammen machen die EU und die zwölf CPTPP-Länder mehr als 30 % des Welthandels aus, doppelt

so viel wie die Vereinigten Staaten. Wenig verwunderlich ist es daher, dass die deutsche Industrie auf eine engere Zusammenarbeit der EU mit dem CPTPP-Bündnis setzt. „Ein Schulterschluss dieser 39 Staaten würde ein dringend nötiges Signal für den Erhalt des regelbasierten Welthandels aussenden“, davon ist der DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier überzeugt.

Wer ist dabei?

Die WTO mit Sitz in Genf wurde im Jahre 1995 von 124 Staaten in Marrakesch gegründet. Sie löste damit das GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) ab, das von 1948 bis 1994 die Handelsregeln bestimmte. Aktuell gehören zur WTO 166 Mitgliedsstaaten, die 85 % des weltweiten Handels ausmachen.

Prinzipien des Welthandels

- ▶ Meistbegünstigung: Keine Diskriminierung zwischen Handelspartnern
- ▶ Reziprozität: Gegenseitige Gewährung von Handelsförderungen
- ▶ Nationalbehandlung: Gleichbehandlung von in- und ausländischen Waren

Aufgaben

- ▶ Regelsetzung: Schaffung und Überwachung verbindlicher Regeln für den internationalen Handel
- ▶ Handelsliberalisierung: Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber:
Redaktion:

DG Nexionation eG
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG
Rudolstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Andreas Köller, DG Nexionation eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexionation.de
DG Nexionation eG
Vertreten durch den Vorstand: Marco Rummer (Vorsitzender),
Dr. Sandro Reinhardt, Florian P. Schultz
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock; © Europäische Union, 2026, zur Verfügung gestellt im Rahmen der CC BY 4.0
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexionation eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.